

Österreichs Parlamentsparteien einig - Elementarpädagogik umfassend reformieren

09.01.2009, 08:16 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Plattform EduCare*

Die Plattform EduCare - eine parteiübergreifende, überkonfessionelle, keinen pädagogischen Lehrmeinungen und Schulen und keinen Trägerorganisationen verpflichtete Arbeitsgemeinschaft aus Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen, Interessengemeinschaften und TrägerInnenorganisationen aus dem Bildungsbereich sowie von Pädagoginnen und Pädagogen – hat den fünf im österreichischen Parlament 10 Fragen zu grundlegenden Themen der Bildung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter zur Stellungnahmen vorgelegt. Die Antworten dazu liegen nun vor.

Kindergarten als Bildungseinrichtung.

Unbestritten ist die Definition des Kindergartens als Bildungseinrichtungen. Das BZÖ differenziert, dass der „Kindergarten als grundlegende Bildungseinrichtung“ als ein Schwerpunkt über den bildungspolitischen Bereich hinausgehender Schwerpunkt der politischen Bemühungen der nächsten Jahre sein muss.

Verfassungsmäßige Zuordnung des bisherigen Bereichs der Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen.

Differenziertere Ansichten finden sich zur Überführung des gesamten Bereiches der bisherigen Kinderbetreuungs- und –bildungseinrichtungen – wie Kinderkrippen, Kindergärten, Kindergruppen, Tagesmütter u.s.w. – von der bisherig ausschließlichen Zuständigkeit der Länder in die Grundsatzgesetzgebung des Bundes bei gleichzeitiger Ausführungsgesetzgebung durch die Bundesländer. Während die SPÖ grundsätzlich dafür ist, verschanzt sich die ÖVP hinter der „Regierungsvereinbarung“ und vertröstet diese Regelung auf den Tag einer grundsätzlichen Verfassungs- und Verwaltungsreform. Die GRÜNEN sagen zu einer grundsätzlichen Überführung ein uneingeschränktes ja; FPÖ und BZÖ sehen die Erfordernisse zwar im Grundsatz ebenso, verweisen jedoch auf unterschiedliche Lösungsansätze.

Gesetzlicher Anspruch.

Für einen gesetzlich verankerten Anspruch auf einen Betreuungs/Bildungsplatz sprechen sich unisono 4 der 5 Parlamentsparteien aus, lediglich die ÖVP hinterfragt die Notwendigkeit eines gesetzlichen Anspruches, betont aber die Notwendigkeit des „bedarfsorientierten Ausbaus“.

Verbindliche Mindeststandards, einheitlicher Bildungsplan.

Über verbindliche Mindeststandards und einen einheitlichen Bildungsplan, in denen auch die Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsziele für unter 3-jährige Kinder miteinbezogen sind, gehen die Meinungen auseinander: während alle 3 Oppositionsparteien (!) dafür sind, findet die SPÖ lediglich zu einem „Bundesrahmengesetz“ ein klares Ja, findet jedoch, dass ein einheitlicher Bildungsplan derzeit noch nicht beschlussreif ist. Die ÖVP wiederum wiederum möchte die Art der Festlegung auf Mindeststandards zuerst zwischen Bund und Ländern ausdiskutieren und findet – im Unterschied zum Regierungspartner - dass ein einheitlicher Bildungsplan Bestandteil des Regierungsübereinkommens ist und in dieser Legislaturperiode verwirklicht wird.

Ausbildung der Elementarpädagoginnen/en

Während SPÖ und ÖVP auf die entsprechenden Weiterentwicklungswünsche in der Regierungsvereinbarung verweisen, sind sich die Oppositionsparteien in der Forderung nach tertiärer Ausbildung der Elementarpädagogen/innen einig. Ebenso wie die FPÖ verweisen die GRÜNEN darauf, dass diese Ausbildung im Kontext mit der Ausbildung aller pädagogischen

Berufe zu sehen ist. Die FPÖ geht hier in der Wortwahl noch weiter und fordert die Integration der Pädagogischen Hochschulen in Universitäten bzw. die Überführung der konfessionellen Hochschulen in Privatuniversitäten.

Wissenschaftliche Forschung

Die Implementierung von wissenschaftlicher Forschung für den elementaren und außerschulischen Bildungsbereich befürworten sämtliche Parteien ohne Einschränkungen. Die ÖVP verweist in diesem Zusammenhang, dass über Initiative von Wissenschaftsminister Hahn voraussichtlich ab dem Wintersemester 2009 an der Universität Graz ein Lehrstuhl für Frühkindpädagogik eingerichtet wird.

Portrait

Die Plattform EduCare ist eine Arbeitsgemeinschaft aus Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen, Interessengemeinschaften und TrägerInnenorganisationen aus dem Bildungsbereich sowie von Pädagoginnen und Pädagogen.

Die Plattform EduCare ist parteiübergreifend, überkonfessionell, ohne Festlegung auf pädagogische Lehrmeinungen und Schulen und keinen Trägerorganisationen verpflichtet.

News-ID: 271602 • Views: 151 (Stand: 02.10.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/271602/Oesterreichs-Parlamentsparteien-einig-Elementarpaedagogik-umfassend-reformieren.html>